Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1576

22. 12. 87

Sachgebiet 923

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Daubertshäuser, Dr. Sperling, Amling, Antretter, Kretkowski, Bamberg, Ewen, Frau Faße, Haar, Hasenfratz, Ibrügger, Dr. Niese, Pauli, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Verkehrsunfälle Jugendlicher nach Veranstaltungen

Jugendliche mit geringer Fahrpraxis sind am Steuer eines Autos überdurchschnittlich häufig in Unfälle verwickelt.

Eine besondere Gefährdung für Jugendliche besteht nach dem Besuch von Diskotheken, Kultur- oder Sportveranstaltungen vor allem abends und an Wochenenden, wenn kein öffentlicher Personenverkehr zur Verfügung steht. Diese Problematik stellt sich besonders in ländlichen Gebieten, wo große Entfernungen zurückgelegt werden müssen und kaum noch ein öffentliches Verkehrsangebot existiert.

Immer wieder sind am Wochenende schwere Unfälle mit Jugendlichen festzustellen.

Eine unter mehreren Möglichkeiten, hier Risiken wenigstens teilweise zu verringern, besteht in dem Einsatz unkonventioneller Transportformen. Modelle wie Anruf-Sammeltaxen als Ergänzung oder Ersatz des ÖPNV werden in zahlreichen Einsatzformen bereits in vielen Gemeinden des Bundesgebietes erprobt und im Dauerbetrieb eingesetzt. Erfahrungen zeigen, daß solche Verkehre teilweise kostendeckend oder mit nur geringen Zuschüssen angeboten werden können.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie viele Jugendliche sind in den letzten fünf Jahren mit Moped, Motorrad oder PKW nach dem Besuch von Diskotheken, kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen verletzt worden oder ums Leben gekommen?
2. Welches sind die Hauptursachen für diese Unfälle?
3. Welche jugendspezifischen Ursachen gibt es?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Alkoholgenuß als Unfallursache?
5. Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, die Verkehrsunfälle von Jugendlichen nach dem Besuch von Diskotheken, kul-

turellen oder politischen Veranstaltungen, die Unfallursachen und Abhilfemöglichkeiten in einem besonderen Vorhaben untersuchen zu lassen?

6. Welche regionalen Schwerpunkte gibt es bei solchen Unfällen?
7. Mit welchen Maßnahmen trägt die Bundesregierung dazu bei, das hier vorhandene Gefährdungspotential zu verringern?
8. In welcher Weise hält die Bundesregierung die bisher ergriffenen Maßnahmen für ausreichend?
9. Welche weiteren Schritte sind geplant?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung generell den Einsatz von Anruf-Sammeltaxen oder anderen unkonventionellen Bedienungsformen als Ergänzung des ÖPNV?
11. Welche Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Inland oder Ausland liegen der Bundesregierung vor zum Einsatz solcher Bedienungsformen speziell für Jugendliche („Disco-Busse") zur Verringerung des Risikos für diese Gruppen?
12. In welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, Modellversuche in der genannten Richtung zu initiieren oder finanziell zu unterstützen?

Bonn, den 22. Dezember 1987

Daubertshäuser
Dr. Sperling
Amling
Antretter
Kretkowski
Bamberg
Ewen
Frau Faße
Haar
Hasenfratz
Ibrügger
Dr. Niese
Pauli
Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333